

Auswertung MDRfragt: Notfallpläne und Entlastungspakete - tut die Regierung genug?

Befragungszeitraum: 12.08.-15.08.2022

28.295 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Teil 1: Entlastungspakete

- Große Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Bundesregierung
- Drei Viertel gehen die Entlastungsmaßnahmen nicht weit genug
- Große Mehrheit findet, dass die Entlastung nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt
- Knapp zwei Drittel befürworten aber „Gießkannenprinzip“

Teil 2: Sanktionen gegen Russland / Unterstützung Ukraine

- Ein Drittel findet, Deutschland solle sich generell aus dem Krieg heraushalten...
- ... wenn es Nachteile für Deutschland bringt, sprechen sich sogar zwei Drittel gegen eine Unterstützung der Ukraine aus
- Vor allem humanitäre Hilfe für Ukraine gewünscht, Sanktionen und Waffenlieferungen weniger
- Knapp 40 Prozent fordern sogar Ende der Sanktionen gegen Russland
- Jüngere Teilnehmende befürworten Sanktionen eher als ältere

Teil 3: Heizen im Winter

- Gas-Reduktion: Zwei Drittel wünschen sich Verlängerung von AKW-Laufzeiten
- Knapp 8 von 10 blicken besorgt auf die nächste Heizperiode
- Vor allem Heizkosten und wirtschaftliche Schäden bereiten Sorgen
- 44 Prozent der Gaskunden haben Angst, im Winter frieren zu müssen
- 4 von 10 ergreifen Maßnahmen, um Gas einzusparen
- 4 von 10 wollen Raumtemperatur senken

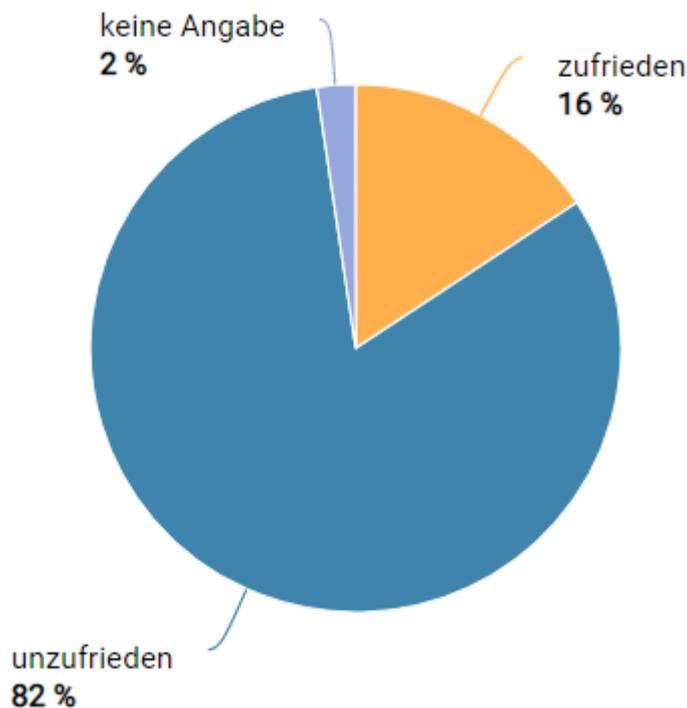
Die Ergebnisse im Detail:

Teil 1: Entlastungspakete

Große Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Bundesregierung

Ob Energiekrise oder Preissteigerungen – die Folgen des Ukraine-Krieges sind weitreichend, die Bundesregierung versucht mit Notfallplänen und Entlastungspaketen gegenzusteuern. Die deutliche Mehrheit – 82 Prozent der Befragungsteilnehmenden – ist mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung unzufrieden. Nur 16 Prozent zeigen sich damit zufrieden.

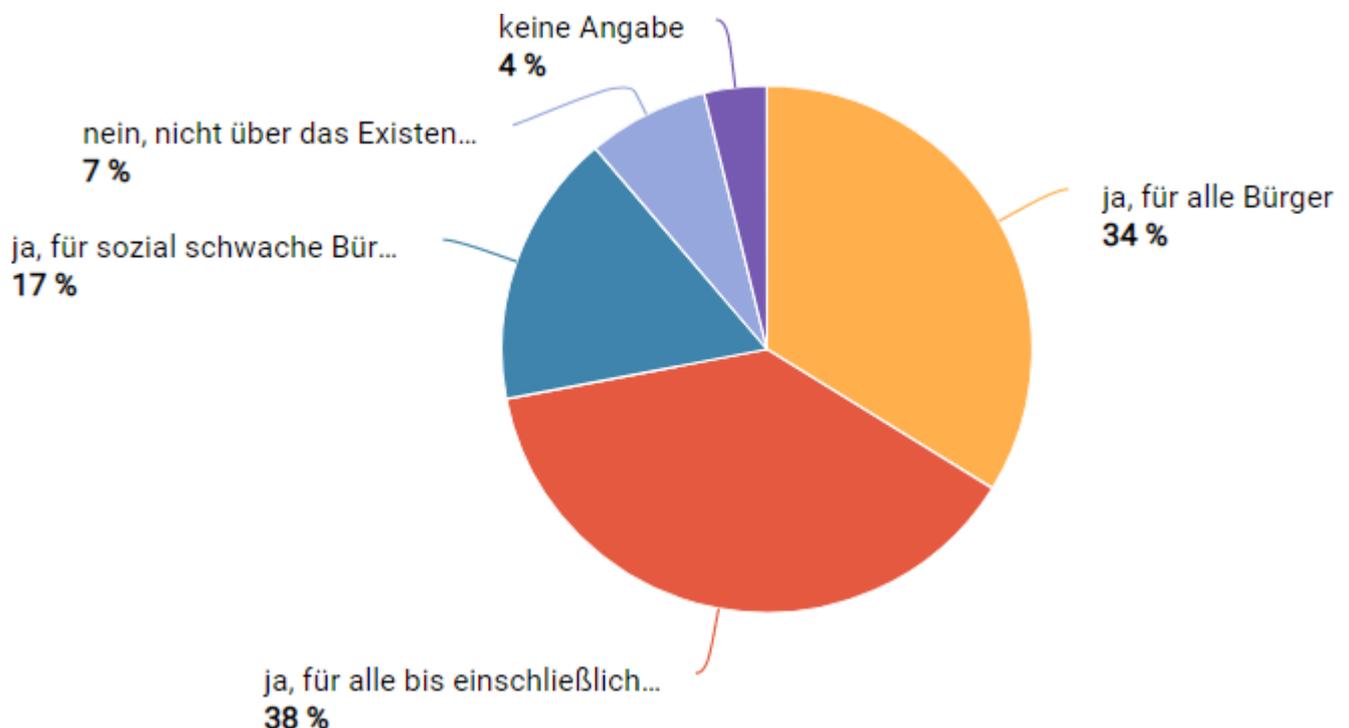
Frage: Ob Energiekrise oder Preissteigerungen - die Folgen des Ukraine-Krieges sind weitreichend, die Bundesregierung versucht mit Notfallplänen und Entlastungspaketen gegenzusteuern. Alles in allem: Wie zufrieden sind Sie mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung?



9 von 10 finden, der Staat sollte Bürger bei Preissteigerungen finanziell unterstützen

89 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Ansicht, dass es Aufgabe des Staates ist, bei Preissteigerungen aufgrund äußerer Umstände – wie dem Ukraine-Krieg – für einen finanziellen Ausgleich bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen. Davon spricht sich rund ein Drittel (38 Prozent) dafür aus, dass alle bis einschließlich der Mittelschicht finanzielle Unterstützung bekommen sollten. Ebenfalls ein gutes Drittel (34 Prozent) wünscht sich die Unterstützung für alle Bürgerinnen und Bürger. 17 Prozent sind der Ansicht, dass Sozialschwache gefördert werden sollten. Sieben Prozent sprechen sich generell gegen eine finanzielle Förderung aus.

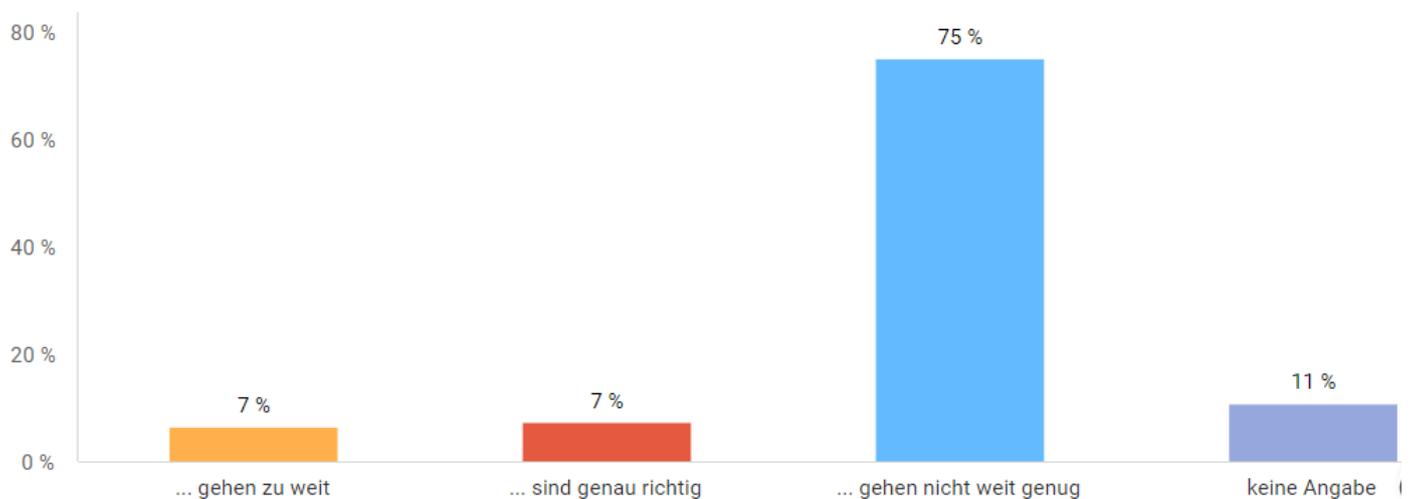
Frage: Halten Sie es grundsätzlich für die Aufgabe des Staates, bei Preissteigerungen aufgrund äußerer Umstände - wie dem Ukraine-Krieg - für einen finanziellen Ausgleich bei den Bürgern zu sorgen?



Drei Viertel gehen die Entlastungsmaßnahmen nicht weit genug

75 Prozent der MDRfragt-Teilnehmenden gehen die Anstrengungen der Bundesregierung zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger nicht weit genug. Lediglich nur sieben Prozent bewerten sie als genau richtig, ebenfalls sieben Prozent gehen sie zu weit.

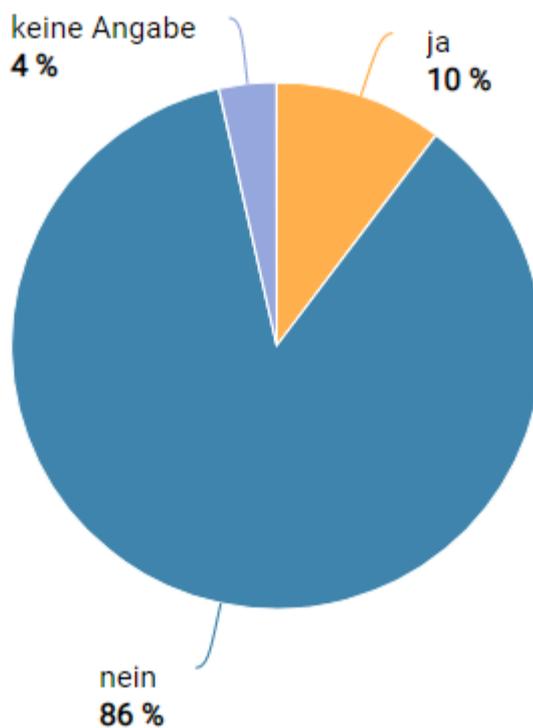
Frage: Wie beurteilen Sie das Ausmaß der Anstrengungen der Bundesregierung zur finanziellen Entlastung der Bürger?
Bitte vervollständigen Sie den folgenden Satz: Die Entlastungsmaßnahmen...



Große Mehrheit findet, die Entlastung kommt nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern an

86 Prozent der Befragungsteilnehmenden sind der Meinung, dass die Steuergeldmilliarden nicht zielführend eingesetzt werden, die Entlastung also nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Zehn Prozent sind dieser Ansicht.

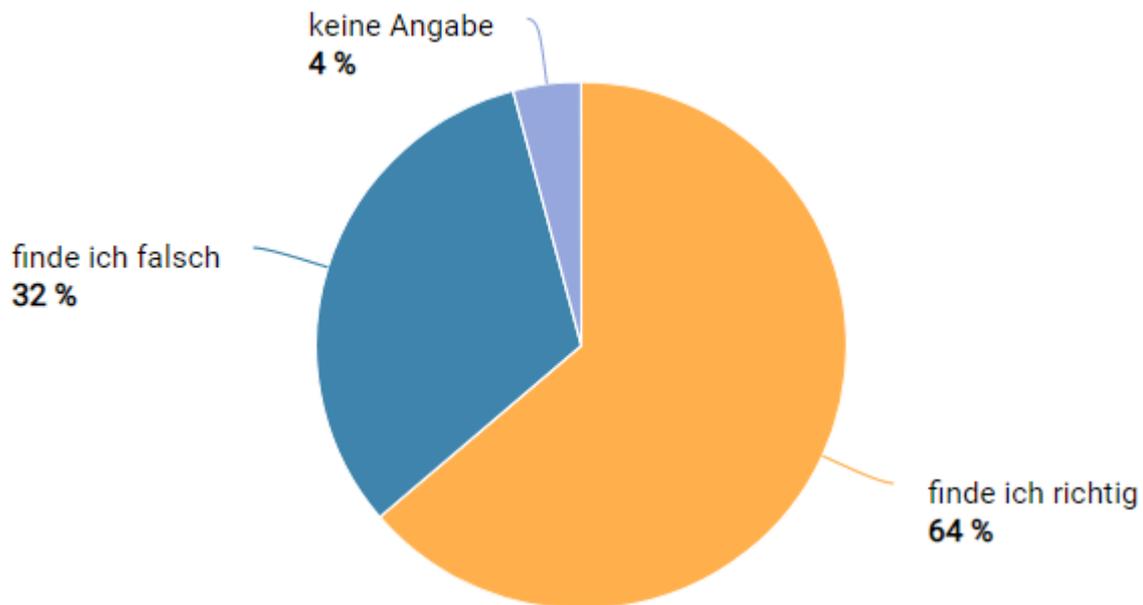
Frage: Und sind die Steuergeldmilliarden Ihrer Meinung nach zielführend eingesetzt - sprich, kommt die Entlastung bei den Bürgern tatsächlich an?



Knapp zwei Drittel befürworten „Gießkannenprinzip“

64 Prozent der Teilnehmenden finden es richtig, dass bestimmte Entlastungsmaßnahmen – etwa der Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket – für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich sind, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund. Etwa ein Drittel (32 Prozent) findet das falsch.

Frage: Was halten Sie davon, dass bestimmte Entlastungsmaßnahmen - etwa der Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket - für alle Bürger gleichermaßen zugänglich sind, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund?



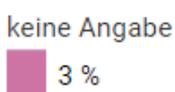
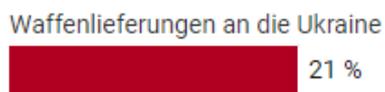
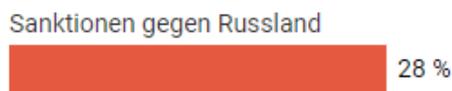
Teil 2: Sanktionen gegen Russland / Unterstützung Ukraine

Ein Drittel findet, Deutschland solle sich generell aus dem Krieg heraushalten - wenn Unterstützung der Ukraine dann vor allem humanitäre Hilfe gewünscht

64 Prozent der Befragungsteilnehmenden befürworteten Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine, 33 Prozent lehnen sie ab und finden, Deutschland sollte sich aus dem Krieg heraushalten. Von denjenigen, die sich für die Unterstützung aussprechen, sind mit Abstand die meisten (61 Prozent) für humanitäre Hilfe für die Ukraine. An zweiter Stelle, wenn auch mit weitaus weniger Zustimmung, nennen die Befragten Sanktionen gegen Russland (28 Prozent). Danach folgen Waffenlieferungen an die Ukraine (21 Prozent), der EU-Beitritt der Ukraine (19 Prozent) und der Nato-Beitritt der Ukraine (12 Prozent).

Frage: Welche Art der Unterstützung der Ukraine befürworten Sie? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie befürworten.

Zusammengeführt: Alle Befürworter Unterstützung

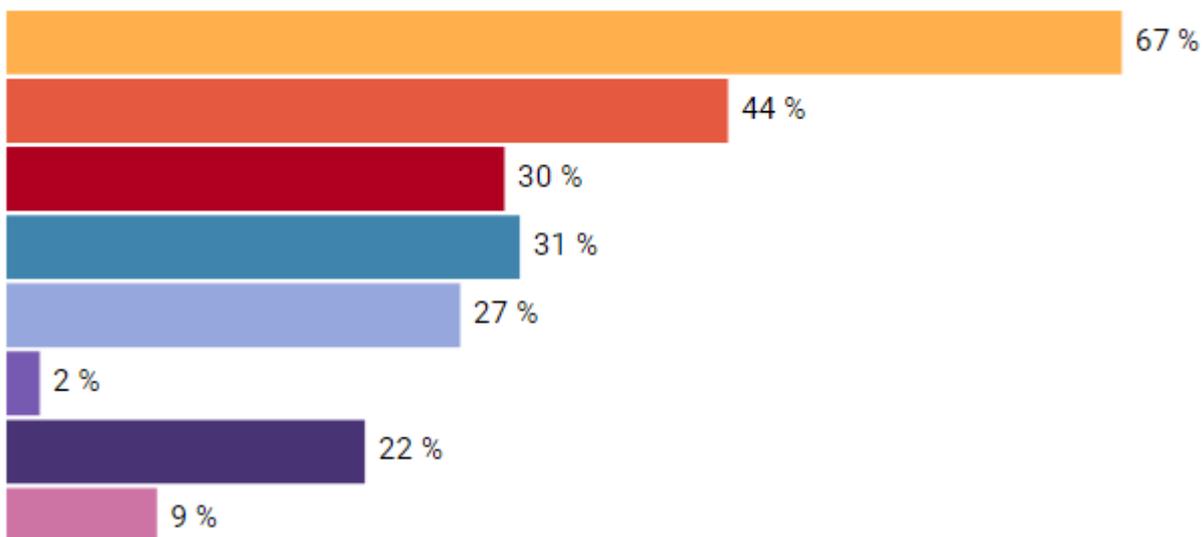


Ältere Teilnehmende finden eher, dass Deutschland sich aus Konflikt heraushalten sollte

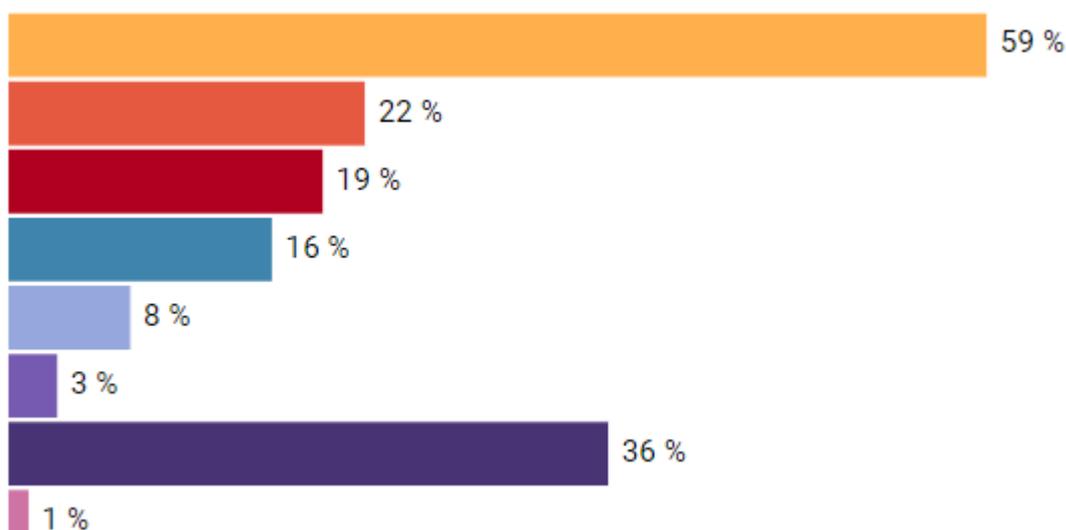
Hier werden Unterschiede zwischen den Altersgruppen deutlich. So sprechen sich zum Beispiel in der jüngsten Altersgruppe 67 Prozent für eine humanitäre Unterstützung der Ukraine aus, in der ältesten sind es 59 Prozent. Und während 22 Prozent der 16- bis 29-Jährigen der Meinung sind, dass sich Deutschland heraushalten sollte, sind es bei den Über-65-Jährigen 36 Prozent.

- humanitäre Hilfe für die Ukraine
- Sanktionen gegen Russland
- Waffenlieferungen an die Ukraine
- EU-Beitritt der Ukraine
- NATO-Beitritt der Ukraine
- Sonstige Unterstützung, nämlich
- Nichts davon - Deutschland sollte sich heraushalten.
- keine Angabe

16 bis 29 Jahre



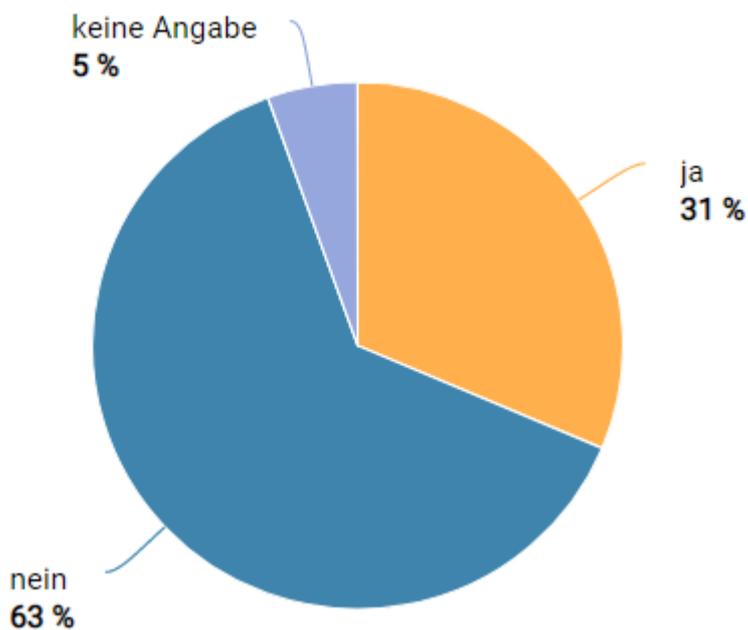
65 Jahre und älter



Knapp zwei Drittel gegen Unterstützung der Ukraine – wenn diese nachteilig für Deutschland ist

63 Prozent der Befragten lehnen eine Unterstützung der Ukraine ab, wenn das Nachteile für Deutschland mit sich bringt. Ein knappes Drittel (31 Prozent) spricht sich dennoch für eine Unterstützung der Ukraine aus.

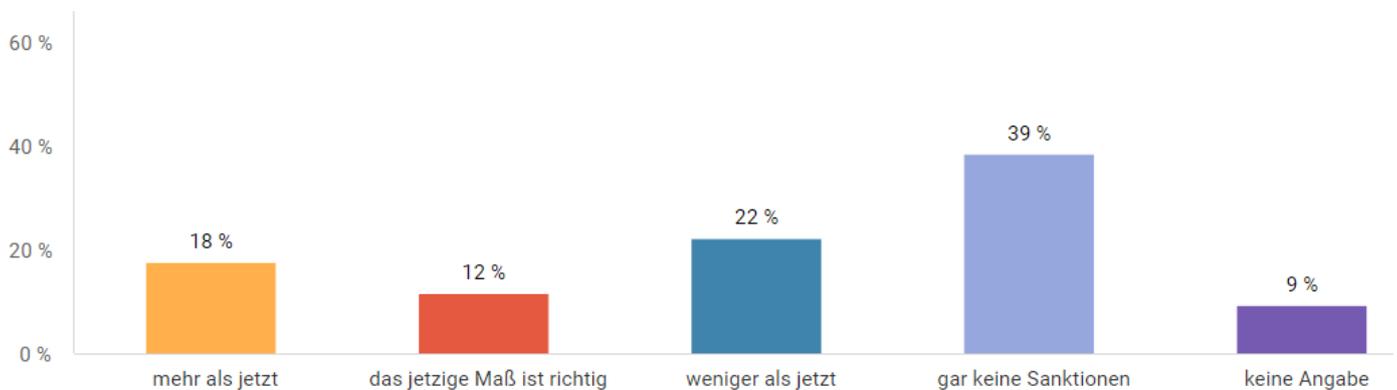
Frage: Zusammengefasst: Befürworten Sie eine Unterstützung der Ukraine auch dann, wenn dies Nachteile für Deutschland mit sich bringt?



Knapp 40 Prozent fordern Ende der Sanktionen gegen Russland

Mit der aktuellen Sanktionspolitik gegen Russland zeigen sich nur die wenigsten zufrieden. Zwölf Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerten das derzeitige Maß als richtig. Die meisten – und zwar ein gutes Drittel (39 Prozent) – wünschen sich stattdessen ein Ende der Sanktionen. Etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) würde weniger Sanktionen gegen Russland befürworten. Und etwas weniger als ein Fünftel (18 Prozent) spricht sich für mehr Sanktionen aus.

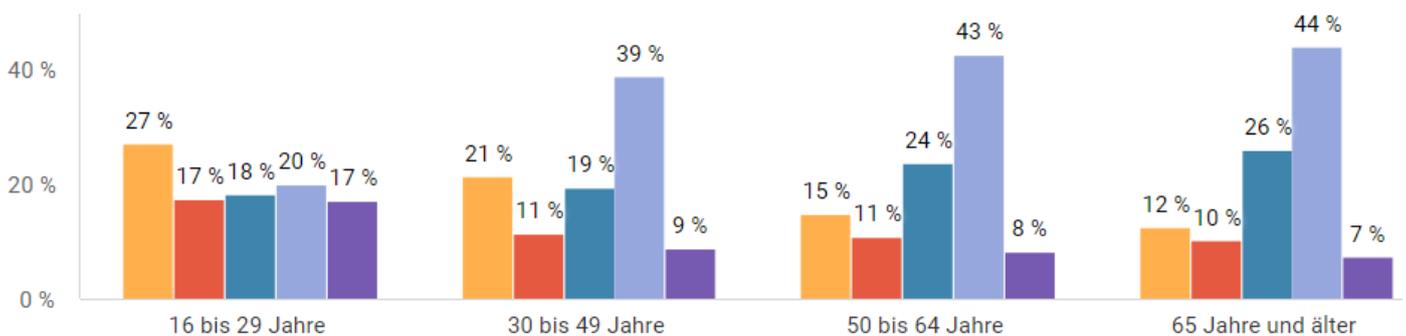
Frage: Und welches Maß an Sanktionen wünschen Sie sich in der aktuellen Situation gegen Russland?



10

Ein Viertel der jüngeren Teilnehmenden wünscht sich mehr Sanktionen

Große Unterschiede gibt es zwischen den Altersgruppen. Während bei den über 65-Jährigen 44 Prozent ein Ende der Sanktionen gegen Russland fordern, sind es bei den 16- bis 29-Jährigen gerade einmal 20 Prozent. In dieser Altersgruppe wünschen sich stattdessen 27 Prozent, dass es mehr Sanktionen als jetzt geben sollte.



Sanktionen gegen Einzelpersonen finden größten Zuspruch

60 Prozent der Befragungsteilnehmenden befürworten konkrete Sanktionen gegen Russland, 34 Prozent lehnen diese generell ab. Von den Sanktionsbefürwortern sprechen sich die meisten – 44 Prozent – für Sanktionen gegen Einzelpersonen aus. 38 Prozent finden diplomatische Sanktionen sinnvoll. Jeweils etwa ein Drittel kann auch allgemeinen Wirtschaftssanktionen (34 Prozent) und Sanktionen gegen russische Medien (32 Prozent) etwas abgewinnen. Ein knappes Fünftel (19 Prozent) befürwortet Sanktionen im Energiesektor.

Frage: Welche Sanktionen gegen Russland befürworten Sie konkret? Bitte wählen Sie alle Sanktionsarten aus, die Sie befürworten.

Zusammengeführt: Alle Befürworter konkrete Sanktionen



Sanktionen gegen Einzelpersonen



diplomatische Sanktionen



11 allgemeine Wirtschaftssanktionen (Exportbeschränkungen, Ausschluss von Banken...)



Sanktionen gegen russische Medien



Sanktionen im Energiesektor



Sonstige Sanktionen, nämlich



Ich befürworte keinerlei Sanktionen gegen Russland.



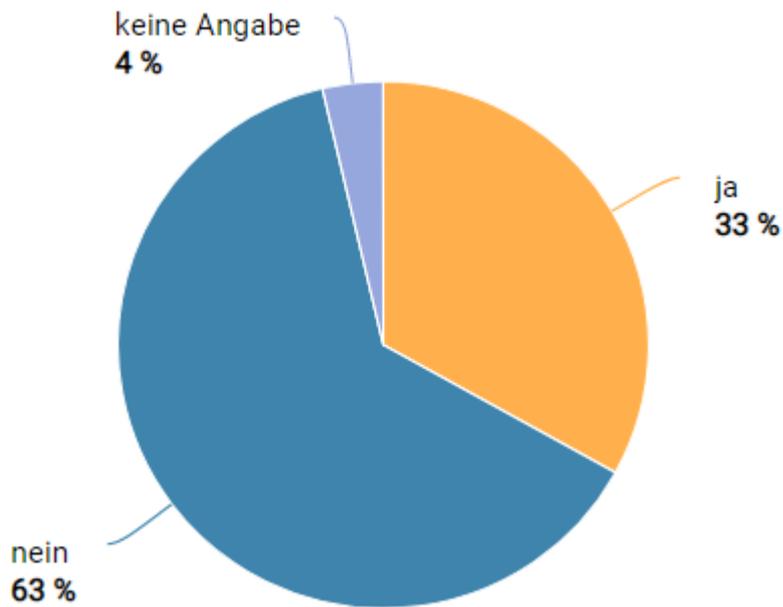
keine Angabe



Knapp zwei Drittel finden Sanktionen generell nicht sinnvoll

63 Prozent sind der Ansicht, dass Sanktionen grundsätzlich kein sinnvolles Mittel der internationalen Politik sind. Ein Drittel (33 Prozent) halten Sanktionen für sinnvoll.

Frage: Halten Sie Sanktionen grundsätzlich für ein sinnvolles Mittel der internationalen Politik?

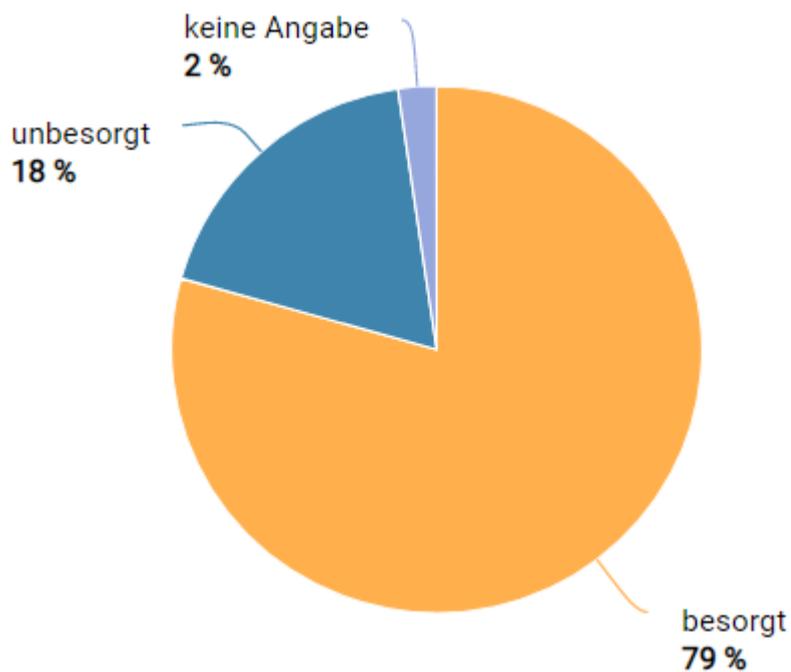


Teil 3: Heizen im Winter

Knapp 8 von 10 blicken besorgt auf die nächste Heizperiode

79 Prozent machen sich im Hinblick auf die nächste Heizperiode generell Sorgen. Einem knappen Fünftel (18 Prozent) bereitet das keine Sorgen.

Frage: In Anbetracht der aktuellen Lage: Wie blicken Sie auf die nächste Heizperiode?



Vor allem Heizkosten und wirtschaftliche Schäden bereiten Sorgen

Wenn es um ganz konkrete Sorgen vor der nächsten Heizperiode geht, haben fast alle der Befragungsteilnehmenden (96 Prozent) welche, lediglich drei Prozent machen sich gar keine Sorgen. Von den besorgten Teilnehmenden machen sich die meisten Sorgen um die Heizkosten (71 Prozent) und Schäden für die Wirtschaft (67 Prozent). Viele besorgt aber auch, dass ärmere Menschen frieren könnten (62 Prozent) und es zu sozialen Unruhen kommen könnte (62 Prozent). Weniger Sorgen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer davor, dass sie selbst frieren könnten (37 Prozent) und dass es Einsparmaßnahmen bei öffentlichen Gebäuden gibt (37 Prozent).

Frage: Und welche der folgenden Szenarien bereiten Ihnen konkret Sorgen, wenn Sie an die nächste Heizperiode denken? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.

Zusammengeführt: Alle Sorgen



Sorge vor den Heizkosten



Sorge vor wirtschaftlichen Schäden (z.B. durch Gasstopp für Industrie)



Sorge, dass ärmere Menschen in Deutschland frieren müssen



Sorge vor sozialen Unruhen



Sorge davor, selbst frieren zu müssen



Sorge vor Einsparungen bei öffentlichen Einrichtungen (z. B. Warmwasser an Schulen oder Schwimmhallen)



Ich mache mir bezüglich der nächsten Heizperiode keine Sorgen.



Sonstiges:



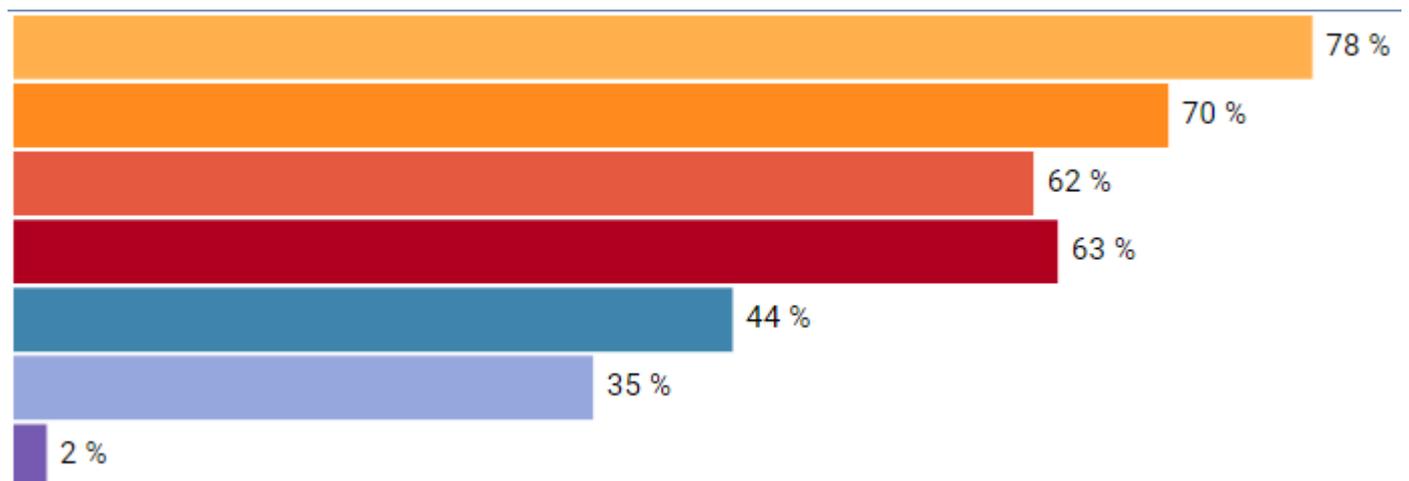
keine Angabe



44 Prozent der Gaskunden machen sich Sorgen, im Winter frieren zu müssen

Von denjenigen Befragungsteilnehmenden, die selbst mit Gas heizen – das sind 60 Prozent – haben 44 Prozent Angst, dass sie im Winter frieren müssen.

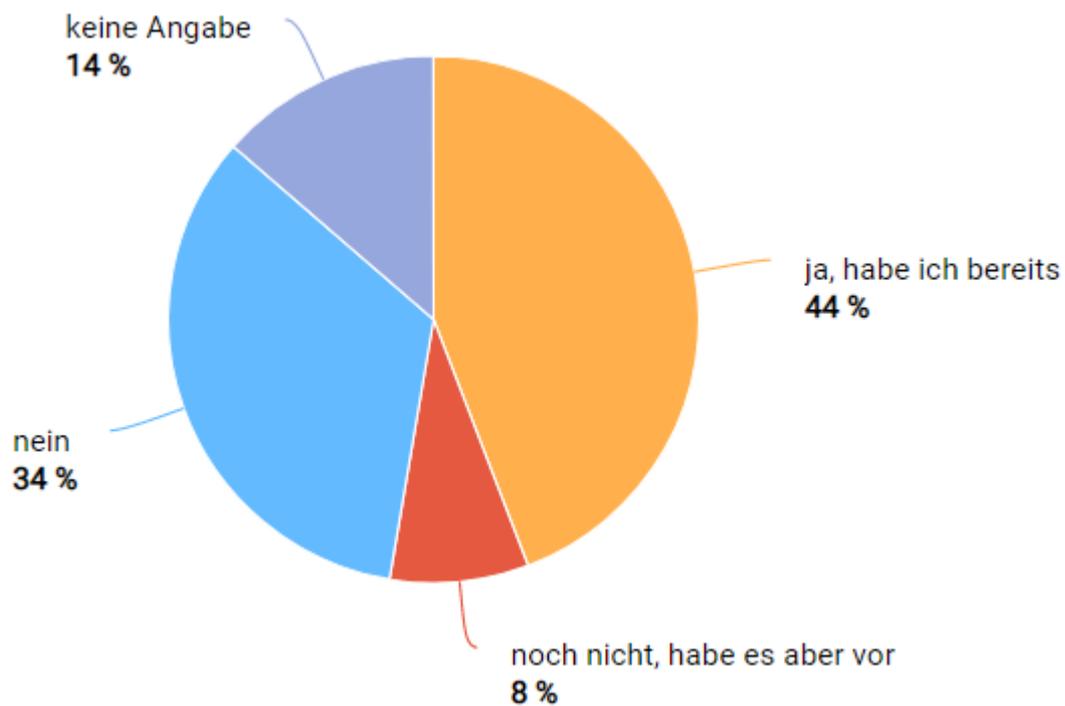
- Sorge vor den Heizkosten ● Sorge vor wirtschaftlichen Schäden (z.B. durch Gasstopp für Industrie)
- Sorge, dass ärmere Menschen in Deutschland frieren müssen ● Sorge vor sozialen Unruhen
- Sorge davor, selbst frieren zu müssen
- Sorge vor Einsparungen bei öffentlichen Einrichtungen (z. B. Warmwasser an Schulen oder Schwimmhallen)
- Ich mache mir bezüglich der nächsten Heizperiode keine Sorgen. ● Sonstiges: ● keine Angabe



4 von 10 ergreifen Maßnahmen, um Gas einzusparen

44 Prozent aller MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, haben bereits Maßnahmen ergriffen, um im Haushalt Gas einzusparen. Acht Prozent planen demnächst Einsparmaßnahmen. Ein gutes Drittel (34 Prozent) unternimmt nichts, um Gas im Haushalt einzusparen.

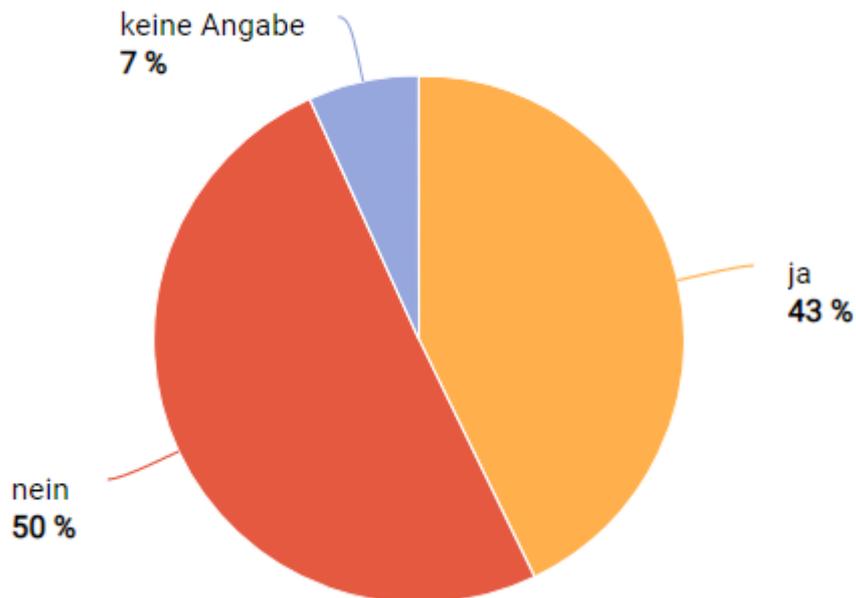
Frage: Haben Sie Maßnahmen ergriffen, um im Haushalt Gas einzusparen (z. B. Warmwasser sparen, neue Duschköpfe, hydraulischer Abgleich für Heizungen)?



4 von 10 wollen Raumtemperatur senken

43 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen die Raumtemperatur in der nächsten Heizperiode niedriger als sonst halten. Die Hälfte der Teilnehmenden (50 Prozent) plant das nicht.

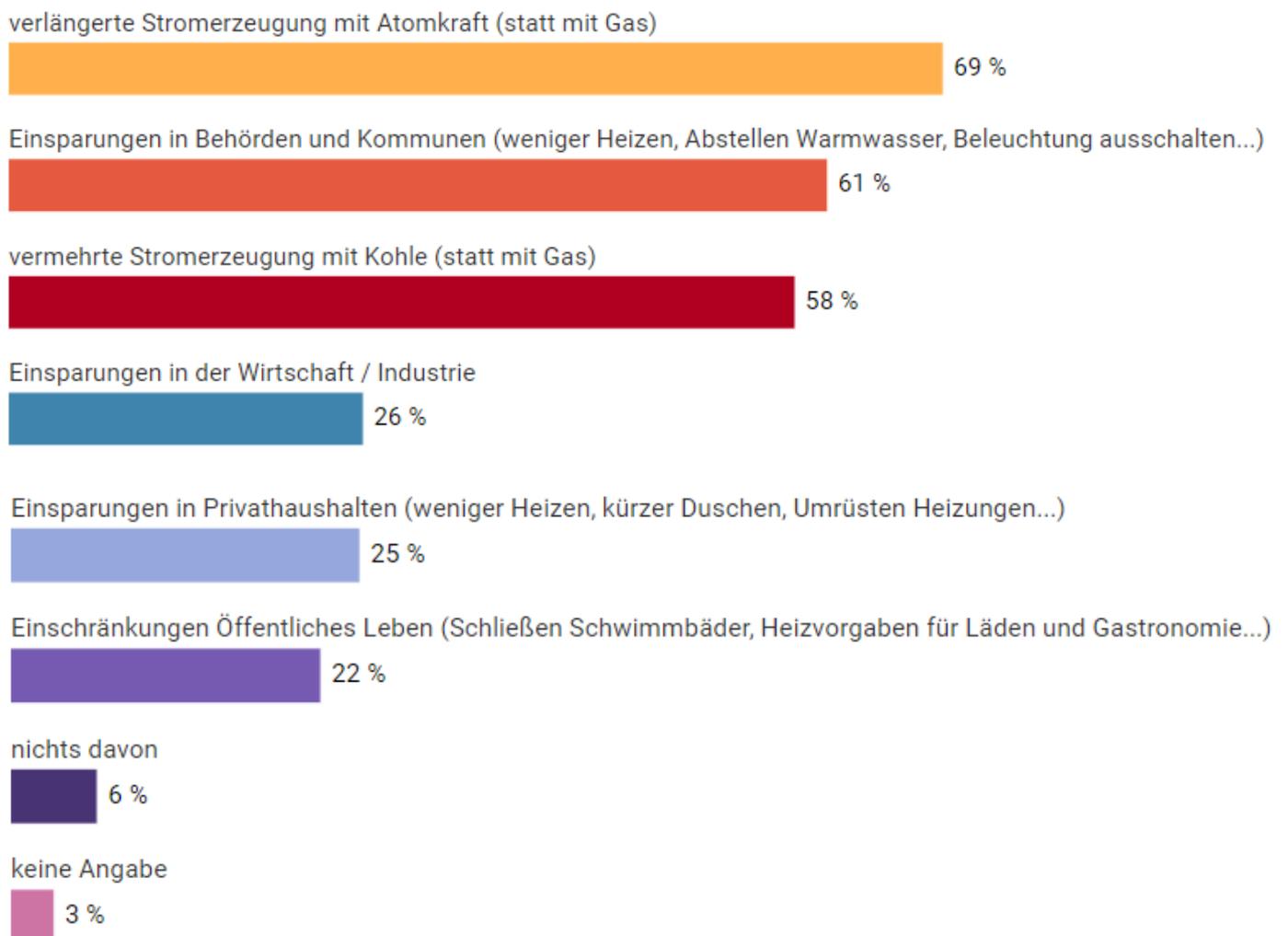
Frage: Planen Sie, im Winter die Raumtemperatur in Ihrem Zuhause niedriger zu halten als sonst?



Gas-Reduktion: Zwei Drittel wünschen sich Verlängerung der AKW-Laufzeiten

Seit Kurzem gilt der Gas-Notfallplan der EU. Alle Länder sind aufgerufen, ihren Gasverbrauch deutlich zu reduzieren. Die meisten der Befragungsteilnehmenden – 69 Prozent – sprechen sich dafür aus, in Deutschland die Laufzeiten von AKWs zu verlängern, um damit Strom zu erzeugen. Jeweils rund sechs von zehn befürworten aber auch die Einsparung in Behörden und Kommunen (61 Prozent) und die vermehrte Stromerzeugung mit Kohle (58 Prozent). Weniger Zustimmung erhalten dagegen Einsparmaßnahmen in der Wirtschaft (26 Prozent), Einschränkungen bei Privathaushalten (25 Prozent) sowie Einschränkungen im öffentlichen Leben (22 Prozent).

Frage: Seit wenigen Tagen gilt der Gas-Notfallplan der EU. Alle Länder sind aufgerufen, ihren Gasverbrauch deutlich zu reduzieren. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach in Deutschland umgesetzt werden? Bitte wählen Sie alle Maßnahmen aus, die Sie befürworten.



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 12.08. - 15.08.2022 stand unter der Überschrift:

Notfallpläne und Entlastungspakete - tut die Regierung genug?

Insgesamt sind bei MDRfragt 62.487 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 22.08.2022, 9.00 Uhr).

28.295 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	345 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	4.147 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	12.012 Teilnehmende
65+:	11.791 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	14.506 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.975 (25 Prozent)
Thüringen:	6.814 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	12.510 (44 Prozent)
Männlich:	15.724 (56 Prozent)
Divers:	61 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.